

Ingrid Pahlmann

MdB

Neues von Ihrer Abgeordneten

**Sehr geehrte Damen und Herren, liebe
Freundinnen und Freunde aus dem
Wahlkreis Gifhorn-Peine,**

“Ich weiß nicht, ob es besser wird, wenn es anders wird. Aber es muss anders werden, damit es besser wird.” *

Das Zitat aus dem vorherigen Newsletter muss ich leider mit einem Satz ergänzen: “Es kann nicht nur besser werden, es muss.”

Die letzten Wochen waren insbesondere außenpolitisch eine Katastrophe, aber auch innenpolitisch wurde sich nicht mit Ruhm bekleckert.

Anstatt dem Bundestag in Sachen Taurus Rede und Antwort zu stehen, begründet der Bundeskanzler seine Blockade auf einer Veranstaltung der dpa. Am gleichen Tag, zu späterer Stunde setzt er das französisch-deutsche Verhältnis auf einen neuen Tiefpunkt, um am Freitag durch ein Leck in der Kommunikation der Bundeswehr bloßgestellt zu werden. Die Gründe der Blockade schienen vorgeschoben zu sein.

Die SPD macht Deutschland zum Gespött.

Diese und andere Themen finden Sie in meinem Newsletter. Bitte beachten Sie auch die Veranstaltungshinweise!



**Ich wünsche viel Spaß beim Lesen
und freue mich auf Ihre
Reaktionen!**

Herzliche Grüße, Ihre und Eure

A handwritten signature in black ink that reads "Ingrid Pahlmann". The signature is written in a cursive style.



Migration regeln - Vereinbarungen umsetzen!

Die Bundesregierung hat die Vereinbarungen mit den Ländern aus der Ministerpräsidentenkonferenz vom 6. November 2023 nicht wie vereinbart umgesetzt. Sie hat es versäumt, effektive und dauerhaft wirksame Maßnahmen zur Begrenzung und Steuerung der illegalen Migration zu ergreifen. Die zögerliche und inkonsequente Haltung, der ständige Streit innerhalb der Ampel und das Zerreden bereits beschlossener Maßnahmen untergraben in den Kommunen das Vertrauen in die Bundesregierung. Sie verlängern und verschärfen die Krise unnötig. Die Bundesregierung muss ihre Verantwortung jetzt ernst nehmen. Humanität und Ordnung gehören in der Asylpolitik untrennbar zusammen.

Weiterhin erlebt Deutschland einen großen Zustrom an Asylbewerbern. Im Jahr 2023 wurden fast 330.000 Erstanträge auf Asyl gestellt. In Jahr 2024 kamen in den ersten beiden Monaten 47.000 weitere Anträge dazu. Ein Ende dieser Situation ist nicht in Sicht. Besonders die Kommunen ächzen unter dieser Herausforderung.

Wir haben die Ampel wiederholt zum Handeln aufgefordert, Zusagen wurden jedoch zu einem großen Teil nicht umgesetzt. Auch die jüngste Ministerpräsidentenkonferenz war nichts als eine Absichtserklärung. Unstimmigkeiten zur Umsetzung beschäftigen die Länder und den Bund, Entscheidungen werden vertagt. Die Dringlichkeit aber wächst.

Deshalb haben wir einen Antrag eingebracht, in dem wir die entschlossene und umfassende Umsetzung der im November 2023 vereinbarten migrationspolitischen Maßnahmen fordern. Der Bundeskanzler muss seine Zusagen einhalten. Nur so können wir die Leistungs- und Integrationsfähigkeit unserer Kommunen und der Gesellschaft bewahren.

[Den Antrag finden Sie hier!](#)



Unterstützung der Ukraine konsequent fortsetzen

Die Lage in der Ukraine verschlechtert sich von Tag zu Tag. Unter enormem Einsatz von Menschen und Material übt Russland hohen militärischen Druck auf den Frontverlauf aus. Moskau setzt auf eine Materialschlacht, auf Terror gegen die Zivilbevölkerung und das ganze Land und setzt auf die nachlassende Durchhaltefähigkeit bei der Unterstützung der Ukraine. Um den russischen Vormarsch zu stoppen ist die Ukraine mehr denn je auf die Lieferung von wirksamen Waffensystemen angewiesen. Der Bundeskanzler verweigert weiterhin eine TAURUS-Lieferung mit immer neuen Begründungen. Gleichzeitig brüskiert er mit Aussagen über den angeblichen Einsatz französischer, britischer und amerikanischer Soldaten in der Ukraine unsere engsten Verbündeten.

Seit über zwei Jahren wütet der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Wir wollen, dass das Töten endet. Damit dieser Krieg endet, müssen wir die Ukraine in ihrer Verteidigung auch weiterhin unterstützen. Frieden wird es nur durch Stärke und Abschreckung geben; Schwäche hingegen wird Russland zu weiteren militärischen Abenteuern einladen. Somit geht es in der Ukraine um nicht mehr und nicht weniger als um die Zukunft der europäischen Sicherheitsarchitektur; hier entscheidet sich, ob in Europa künftig das Recht des militärisch Stärkeren oder weiterhin die Stärke des Völkerrechts gilt.

In dieser Situation kommt es entscheidend auf die Geschlossenheit und die Übernahme von politischer Führungsverantwortung an. Doch der Bundeskanzler verwirrt mit seinen ständig wechselnden Aussagen die Bevölkerung und schürt dadurch zusätzlich Ängste.

Gleichzeitig setzt er Deutschlands Glaubwürdigkeit bei den europäischen sowie transatlantischen Partnern aufs Spiel. Folgerichtig wächst in den Koalitionsfraktionen der Widerstand. Damit die Ukraine den Krieg gewinnen kann, benötigt sie jetzt entschlossenes Handeln und die dafür notwendige Unterstützung unterhalb der Schwelle eines Kriegseintritts. Dazu gehört auch die Lieferung von TAURUS, worüber wir in dieser Sitzungswoche erneut namentlich abgestimmt haben. Einem in die Debatte eingebrachten Ringtausch, der erneut verzögert, und zusätzliches Vertrauen verspielt, stehen wir zurückhaltend gegenüber. Weder verfügt Großbritannien über unbegrenzt eigene Flugkörper vom Typ STORM SHADOW noch sind diese so leistungsfähig wie TAURUS.

Smart Cities und Smarte.Land.Regionen voranbringen



Potentiale der
Digitalisierung
jetzt nutzen

Die Potentiale von digital vernetzt Städten und digital vernetzt Regionen sind immens. Die Ampelregierung lässt jedoch Visionen und konkreten Gestaltungs- und Umsetzungswillen vermissen. Länder und Kommunen kritisieren das zögerliche Vorgehen, das Fehlen einer klaren, nachvollziehbaren Strategie – insbesondere für die ländlichen Räume – die fehlende Auswertung der Erfahrungen aus den Modellprojekten Smart Cities sowie das Fehlen von technischen und organisatorischen Voraussetzungen für die Vernetzung und den Austausch von Kommunen.

Mit unserem Antrag – den wir in dieser Woche abschließend beraten – fordern wir daher eine Reihe von Maßnahmen, um die Potentiale von smarten Städten und Regionen besser auszunutzen. Dies betrifft die Bewertung des Smart Cities Programms, die Stärkung der Kooperation mit Ländern und Kommunen in den Bereichen Smart Cities und Smart Regions, das Ausweisen weiterer Modellregionen, das Vorlegen eines Smart-City-Stufenplans sowie der Aufbau eines Smart City-Kompetenzzentrums.

Weitere Informationen zu [Smart Cities](#) und [Smarte.Land.Regionen](#) finden Sie hier.

Gesetz zur Neustrukturierung des Bundespolizeigesetzes

Bei meinem Besuch bei den Fliegern der Bundespolizei in Gifhorn war die Neugestaltung des Bundespolizeigesetzes kein Thema. Vielmehr stellte sich die Frage nach einer gesicherten Finanzierung von Instandhaltung und Investitionen. Das greift die Überarbeitung des Gesetzes leider nicht auf. Es ist allerdings ein Problem, wenn das Budget nicht einmal verlässlich für Ersatzteile reicht. Das würde bedeuten, dass die Hubschrauber am Boden bleiben.



Das Bundespolizeigesetz stammt überwiegend aus dem Jahr 1994 und ist überarbeitungsbedürftig. Der Entwurf sieht eine völlige Neugestaltung des BPolG vor und verfolgt laut Bundesregierung drei wesentliche Ziele: - Anpassung der Befugnisse für die Aufgabenerfüllung der Bundespolizei - Ausweitung von Überprüfungen zum besseren Schutz vor Extremisten - sowie mehr „Bürgernähe und Transparenz“. Grundsätzlich unterstützen wir diese Überarbeitung. Ein festgeschriebener Haushaltsposten für Instandhaltung und Investitionen an den Standorten ist leider nicht Teil der Überarbeitung.

Dazu soll zukünftig bei der Bundespolizei bei Neueinstellungen grundsätzlich eine einfache Sicherheitsüberprüfung nach dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz durchgeführt werden. Darüber hinaus müssen die Polizeivollzugsbeamten der Bundespolizei zukünftig eine codierte Kennzeichnung zur Identifikation tragen. Diese Maßnahme lehnen wir als Ausdruck des Misstrauens gegen unsere Vollzugsbeamten ab. Hierbei geht der Entwurf von einem Erfüllungsaufwand i.H.v. 30 Mio. EUR aus, z.B. für die Umrüstung von Bekleidung. Das steht außer Verhältnis. Zudem werden bereits heute taktische Kennzeichnungen auf dem Rücken des Einsatzanzuges getragen, welche eine individuelle Identifizierung zulassen. Für die Kennzeichnungspflicht besteht kein Grund.

Darüber hinaus sollen die Beamten verpflichtet werden, bei Personenkontrollen zukünftig Kontrollquittungen auszustellen. Auch diese Maßnahme drückt Misstrauen gegen die professionelle Arbeit unserer Bundespolizei aus und erhöht den Bürokratieaufwand. Das Gesetz weist zudem erhebliche Lücken auf und gibt der Bundespolizei nicht die Befugnisse, die sie benötigt. Wir werden den Entwurf deshalb ablehnen.

Mehr Vertrauen und dringend benötigte Finanzmittel wären hingegen ein Zeichen an Beamtinnen und Beamten und die Gesellschaft.

Zu meiner Arbeit als Abgeordnete gehört es selbstverständlich auch, sich mit Vertretern diverser Vereinigungen auszutauschen.

Eine gute Gelegenheit hierfür sind parlamentarische Abende. Beim parlamentarischen Abend der Lebenshilfe konnte ich neben dem informativen Austausch auch wunderbare Menschen kennenlernen.

Es kamen viele Themen auf den Tisch. Neben Vorschlägen zu einer grundlegenden Werkstattreform und der Forderung nach einer gerechten Entlohnung für Menschen mit Behinderungen, ging es auch um Leistungen der Eingliederungshilfe, die Barrierefreiheit des Gesundheitssystems, die Entlastung von Familien und den Fachkräftemangel in der Behindertenhilfe. Auch kaum vorhandener barrierefreier Wohnraum stellt die Menschen vor große Herausforderungen.

Parlamentarische Abend der Lebenshilfe



Arbeitszeit flexibilisieren - Mehr Freiheit für Beschäftigte und Familien

Mit unserem Antrag setzen wir uns für eine deutliche Flexibilisierung der Arbeitszeiten in Deutschland ein. So kommen wir den Bedürfnissen der Beschäftigten nach einer besseren Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege entgegen. Aktuell wird die Arbeitszeit durch das Arbeitszeitgesetz (ArbZG) auf einen Acht-Stunden-Tag beschränkt, der auf bis zu zehn Stunden täglich ausgeweitet werden kann. Andere EU-Länder sind bereits weiter: Sie nutzen die Vorteile einer flexibleren, wöchentlichen Höchst Arbeitszeit. Wir fordern daher die Einführung einer wöchentlichen Arbeitszeitregelung um mehr Flexibilität zu ermöglichen. Die Bundesregierung hat es bisher versäumt, die Arbeitszeiten – trotz entsprechender Vereinbarungen im Koalitionsvertrag – flexibler zu gestalten und die Belastung für die Beschäftigten zu verringern.

Veranstaltungshinweise:

Am **Freitag, 05.04.2024 ab 16.45 Uhr** finden Sie mich bei der Menschenkette für Demokratie in Wilsche und am **Freitag, 12.04.2024 ab 19.00 Uhr** bei der Jahreshauptversammlung der Jägerschaft in Gifhorn im Schützenhaus Wesendorf!

Weiterhin möchte ich schon mal auf den Wahlkampfauftakt von Lena Düpont hinweisen:

Am **Sonntag, den 21. April 2024** findet der **Wahlkampfauftakt zur Europawahl 2024** im Krümmeweg **in Wilsche** statt. Bitte notieren Sie sich diesen Termin bereits vor! Weitere Infos erhalten Sie auch auf den Kanälen von Lena Düpont und mir.



[facebook](#)



[instagram](#)

[facebook](#)

Impressum & Kontakt

Wahlkreisbüro Gifhorn
Steinweg 5
38518 Gifhorn

ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de

Ingrid Pahlmann, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 227 72341

ingrid.pahlmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Peine
Freiligrathstraße 4
31224 Peine

ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de